

Frankfurt, 4. Februar.

Das Bild, das die politischen Zustände in Frankreich gegenwärtig bieten, erinnert einigermaßen an die Zeiten, die dem Sturz des Kabinetts Viviani unmittelbar vorausgingen. Die offensichtlich flauere Gesinnung, die ein erheblicher Teil der Volksvertreter für die Regierung hegt, die zunehmende Nervosität des Parlaments, die in häufigen Zwischenfällen zum Ausdruck kommt, zum Teil sogar die Gegenstände, mit denen die Öffentlichkeit sich beschäftigt, und selbst die krampfhafteste Unterstützung, die der Regierung von gewissen Seiten zuteil wird, all das läßt darauf schließen, daß das Maß des Vertrauens, dessen sich das Ministerium Briand heute erfreut, nur noch wenig vor dem voraus hat, das dem Ministerium Viviani in den Tagen seines Siechtums entgegengebracht wurde. Als Anzeichen des niedergehenden Ansehens der Regierung stehen, wie damals, wiederum die Erörterungen über die parlamentarische Kontrolle im Vordergrund, und das Symptom hat umso größeren Wert, als Herr Briand in dieser Hinsicht schon ganz beträchtlich mehr gewährt hat als sein Vorgänger. Es sind heute, soviel man sehen kann, nur noch wenig Geheimnisse, die den Kommissionen beider Häuser verborgen bleiben. In den Zeitungsartikeln, deren Verfasser diesen Kommissionen angehören, vor allem aber in denen Clemenceaus, des Vorsitzenden der Armeekommission des Senats, begegnet man jetzt jeden Augenblick einer durch das Amtsgeheimnis begründeten Verschwiegenheit, durch die diese Herren sich als Inhaber bedeutlicher Wahrheiten ausweisen. Und die Sitten des französischen Parlaments erlauben wohl die Annahme, daß die verborgenen Dinge, die sich irgendeiner der zahlreichen Kommissionen enthüllen, auf dem Wege des Austausches zur Kenntnis der meisten Volksvertreter gelangen. Gleichwohl herrscht noch immer keine Einstimmigkeit darüber, daß die Regierung hinlänglich beaufsichtigt sei. Immer wieder tauchen neue Vorschläge zur Verschärfung der Kontrolle auf, und das Parlament wird sich demnächst mit einem sozialistischen, jedoch auch weiter rechts und zum mindesten von Clemenceau und seinen Freunden unterstützten Antrag zu befassen haben, der geradezu auf die Schaffung eines aus Mitgliedern beider Häuser zu bildenden „Wohlfahrtsausschusses“ hinausläuft. Für diese Körperschaft wird sogar ein Aufsichtsrecht an der Front in Anspruch genommen, wie es den revolutionären Vorfahren zustand, die den Antragstellern offenbar vorgeschwebt haben. Der Gedanke ist von der regierungsfreundlichen Presse in die unterste Hölle verdammt worden. Die höchst unwahrscheinliche Vorstellung, daß die Regierung irgendwie auf ihn eingehen könnte, hat den „Temps“ in eine förmliche Panik versetzt und ihm die bange Frage aufgedrängt, ob Herr Briand etwa an der verderblichen „Angst vor Clemenceau“ leide, „welche die Regierungen „zuerst lähmt, um sie dann sicher zu töten“. Soviel ist jedenfalls nicht zweifelhaft, daß sich in all diesen Versuchen, den Einfluß des Parlaments auf die Machthaber zu verstärken, eine Unzufriedenheit kundgibt, die ja in der allgemeinen Lage des Landes hinlänglich begründet ist.

Daß die Einsichtigen immer weniger geneigt sind, mit den Schwierigkeiten der Stunde Verstand zu spielen, wird in der Pariser Presse von Tag zu Tag deutlicher. Die Bertröstungen auf den „Abnutzungskrieg“ und wie alle die Schlupfwinkel hießen, die dem Gefühl der Schwäche bisher angeboten wurden, haben nachgerade aufgehört, ihre Wirkung im Volk auszuüben. Die Blätter, die den öffentlichen Stimmungen ihr Echo auf die Dauer nicht verweigern können, sind jetzt voll von Klagen und Beschwerden. Die wirtschaftlichen Nöte, die bedrohlichen Schwierigkeiten der Feldbestellung, die Desorganisation der Beförderungsmittel, die Unfähigkeit der Bürokratie, kurz alle die Sorgen, die das Volk täglich schwerer bedrücken, werden nunmehr mit einer bemerkenswerten Offenheit erörtert. Immer häufiger findet man in der Presse auch Zuschriften von der Front, in denen gegen die bisher so geflüchtig gepflegte Vorstellung von dem vergnüglichen, mit Späßen und Heroismus ausgefüllten Dasein der Krieger Verwahrung eingelegt und den Bürgern die schweren Mühen des Soldatenlebens als weit würdigere Gegenstände des Nachdenkens empfohlen werden. Wie es um die „heilige Einigkeit“ im Lande steht, darüber läßt eine kürzlich von dem Abgeordneten Rouleaux - Durange an die Regierung gestellte schriftliche Anfrage mancherlei Schlüsse zu. Der Abge-

ordnete wünschte eine Aufklärung darüber, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenkt „gegen die Propaganda, die allerorts auf dem Lande wegen der Urheberschaft und Dauer des Krieges gegen gewisse soziale Kategorien oder Klassen getrieben wird und geeignet ist, den Bürgerfrieden zu stören und für die Zukunft gefährliche Keime der Zwietracht zu säen“. Mit Rücksicht darauf, daß seine Anfrage im Amtsblatt veröffentlicht werden mußte, hat Herr Rouleaux - Durange die Vermutung beigelegt, daß jene Propaganda auf ein „feindliches Manöver“ zurückgeführt, doch zweifelt er im Grunde wohl selber nicht, daß die Stimmungen, die er denunziert, in den Rahmen der um sich greifenden Unzufriedenheit zu stellen sind, die der Verlauf eines Krieges hervorruft, über dessen „Urheberschaft“ sich, wie es scheint, weite Kreise der Bevölkerung durch die Redensarten vom „deutschen Ueberfall“ nicht mehr ausreichend und wahrheitsgemäß belehrt glauben.

Herr Briand hat, wie man sieht, gute Gründe, wenn er es, seinen Worten aus der neulichen Zensurdebatte gemäß, als seine vornehmste und dringendste Pflicht betrachtet, „vor der Stimmung des Landes Wache zu stehen“. Was er mit solchem Tun verteidigt, ist vor allem seine eigene Regierung, für die es einen übeln Glockenton bedeutet, wenn dieser Tage das offizielle Organ der radikalen und radikal-sozialistischen Partei in einem schon durch die stoßartig kurze Form auffälligen Artikel Klage führte, daß der französischen Nation „ein Mann“ fehle und Herr Briand mit seinem „Je m'en fichisme“ sich keineswegs dazu eigne, dem Lande dieser notwendige „Mann“ zu sein. Die von der Hand in den Mund lebende „Wursthaftigkeit“ (wenn der Ausdruck um der Genauigkeit der Uebersetzung willen erlaubt ist), sie ist die alte Klage die Herrn Briand auf seiner ganzen Laufbahn begleitet hat und nun in einer Stunde wiederkehrt, da die Umstände ihr einen besonders bedenklichen Charakter verleihen, und dazu in einem Organ, das keinen parteipolitischen Grund hat, mit der Zusammenfassung des Ministeriums unzufrieden zu sein.

Es ist schwer zu erkennen, in welchem Maße das Ministerium Briand im parlamentarischen Sinne verbraucht ist. Auch kann uns das wenig interessieren. Es genügt uns die Feststellung, daß die Autorität der Regierung erschüttert ist, eines der schlimmsten Dinge, die einem kriegführenden Lande geschehen können. An dieser Tatsache aber wird durch die „rednerischen Kunststücke“ des Herrn Briand so wenig geändert wie durch das Auftreten des Präsidenten der Republik als Festredner einer reklamehungrigen Zeitung, was Herr Poincaré als eine des Staatsoberhauptes würdige Betätigung erachtet.